

# Wenn die bürgerliche Mitte am Kapitalismus zweifelt

Der Alltag der Globalisierung und ihre Folgen haben auch die Mittelschichten erreicht. Die CDU hat noch kein Konzept, wie sie darauf reagieren soll.

von Peter Ehrlich

*»Einen Oskar Lafontaine oder einen gestandenen SPD-Linken kann die Finanzmarktkrise nicht wirklich überraschen, bestätigt sie doch alle Vorurteile über den Kasinokapitalismus.«*

Die Finanzmarktkrise verstärkt die Zweifel an der Marktwirtschaft auch in der sogenannten bürgerlichen Mitte der Gesellschaft. Schuld daran trägt auch die falsche Vorstellung, Globalisierung sei möglich, ohne den Alltag zu erschüttern. Globalisierung hatte die Mitte eher positiv erlebt, vom Schüleraustausch über das Auslandsstudium bis zur Weltreise. Wirklich globalisiert wurde aber nur eine Oberschicht, die tatsächlich im weltweiten Kapital- und Arbeitsmarkt lebt – und Teile der Arbeiterschichten, die die ständigen Umwälzungen in der Produktion schon seit Mitte der 70er Jahre an der eigenen Haut erleben. Zunehmend gerät aber auch die Mitte der Gesellschaft in den Strudel der Veränderungen und verlangt dafür politische Konzepte.

Die Krise könnte einen Prozess beschleunigen, der längst begonnen hat: Enttäuschung über den Kapitalismus bei den Konservativen, namentlich den Wählern der CDU. Die Wirtschaft und ihre Verbände, das spüren diese heute schon, können sich auf ihre wichtigsten politischen Bündnispartner nicht mehr verlassen.

Einen Oskar Lafontaine oder einen gestandenen SPD-Linken kann die Finanzmarktkrise nicht wirklich überraschen,

bestätigt sie doch alle Vorurteile über den Kasinokapitalismus. Bankmanager, die die von ihnen eingegangenen Risiken nicht nur nicht beherrschen, sondern nicht einmal richtig erklären können, erschüttern aber auch das Grundvertrauen in die freie Marktwirtschaft auf der bürgerlichen Seite der Gesellschaft.

## Christdemokratische Dialektik

Zusammengebrochen ist eine konservativ-bürgerliche Lebenslüge: die Vorstellung, Globalisierung sei möglich, ohne den gutbürgerlichen Alltag zu erschüttern. Denn hinter aller gesellschaftlichen Liberalisierung mit Ehen ohne Trauschein, Homo-Ehen und Multikulti konnte selbst der ländliche, aktive katholische Kirchgänger über 50, um die sicherste Bank der CDU/CSU zu nennen, immer noch das Streben nach einer heilen kleinbürgerlichen Welt erspüren. Diese gesellschaftliche Liberalisierung haben die Unionsparteien außerdem nicht aktiv gefördert, sondern erst unter der Parteichefin Angela Merkel akzeptiert.

Aktiv gefördert haben CDU und CSU aber stets Liberalisierung der Märkte und Privatisierungen. Klassisches Beispiel für die Frustration der Konserva-

tiven angesichts der selbst gerufenen Geister sind die neuen Medien. Bundeskanzler Helmut Kohl wollte in den 80er-Jahren die vermeintlich linken öffentlich-rechtlichen Anstalten beschädigen und öffnete den TV-Markt für private Anbieter. Herausgekommen ist nicht mehr Meinungsvielfalt, sondern das, was Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger kürzlich »Scheiß-Privatfernsehen« genannt hat. Der Vorsitzende des konservativsten CDU-Landesverbands sucht damit Verantwortliche für das, was er und seine Wähler als Sittenverfall erleben. Oettinger kommt zu spät, weil die Diskussion über das Fernsehen im Internetzeitalter schon überholt ist, aber er gibt einem weit verbreiteten Gefühl Ausdruck, dass etwas schief gelaufen ist.

#### **Bildungspolitik: Das Lernen neu lernen**

Noch viel heftiger auf die Füße gefallen ist den Konservativen ein anderer Versuch der Anpassung an die Erfordernisse der Globalisierung. Die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur von 13 auf 12 Jahre beschäftigt die Familien mit Kindern wie kein zweites Thema. »G8«, die auf acht Jahre verkürzte Gymnasialzeit, war mitentscheidend für die jüngsten

Nun wurde der Stoff von neun Jahren einfach auf acht verteilt, mit Schwerpunkt in der Mittelstufe und damit der Pubertät der Kinder. Schlechte Bildungspolitik, unfähige Kultusbürokraten und mangelnde materielle Ausstattung etwa mit Schulkantinen spielen beim Ärger der Eltern sicher auch eine große Rolle. Geplatzt ist aber auch der erneute Versuch, »klassische Bildung« gegen die Anforderungen der Moderne zu verteidigen. Wer die Schüler und Familien nicht überfordern will, wird abspecken müssen. Für heutige Schüler ist es nun einmal wichtiger, Open Office von Windows als dorische von ionischen Säulen unterscheiden zu können. In einer Welt, deren Wissen sich alle paar Jahre verdoppelt, geht es ohnehin vor allem darum, das Lernen zu lernen, und weniger um einzelne Inhalte.

Die Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder zu Höchstleistungen anzuspornen, wird immer stärker abnehmen, wenn die Eltern selbst das Gefühl haben, dass sich Leistung nicht lohnt. Zwar waren in den Mittelschichten auch zur Zeit des Höchststands der Arbeitslosigkeit nur relativ wenige Menschen von materiellem Abstieg betroffen. Aber es gibt die weitverbreitete Erfahrung, dass Stellen gestrichen werden, auch wenn der eigene Standort oder die eigene Abteilung Ge-

*»Die Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder zu Höchstleistungen anzuspornen, wird immer stärker abnehmen, wenn die Eltern selbst das Gefühl haben, dass sich Leistung nicht lohnt.«*

Verluste der CDU und CSU etwa bei der hessischen Landtagswahl und den bayerischen Kommunalwahlen. Konservative Bildungspolitik hatten gerade erst erfolgreich durchgesetzt, dass im Abitur wieder alle klassischen Fächer geprüft werden und damit der »bürgerliche Bildungskanon« von keinem Abiturienten umgangen werden kann.

winne macht, dass 150-prozentiger Einsatz nicht beim eigenen Gehalt, sondern bei dem des Vorstandschefs belohnt wird. Das Argument, dass Inder oder Chinesen billiger arbeiten, können viele Menschen noch nachvollziehen, nicht aber die Finanztransaktionen der Heuschrecken, bei denen schuldenfreie Firmen plötzlich hoch verschuldet dastehen.

#### **Wahlkarte Globalisierung**

Da kommen uralte Vorurteile hoch, das Bild vom Wucherer etwa, der dem realen Handwerker das Leben schwermacht. Die in der CDU populäre Idee, staatliche Neuverschuldung nicht nur zu beschränken, sondern ganz zu verbieten, könnte auch eine unterbewusste Abwehrreaktion auf die unübersichtliche Welt der Finanzmärkte sein. Globalisierungsskepsis auf der Rechten kann sogar zum Nährboden für eine neue Rechtspartei werden, vor der sich viele Konservative seit Langem fürchten, vor allem, wenn sie sich SPD und Linkspartei anschauen. Die NPD, die wegen ihrer Nähe zur Gewalt für die bürgerliche Rechte nicht wählbar ist, spielt bereits die »nationale Karte« gegen die kapitalistische Globalisierung und versucht damit, der Linken Wähler abzuziehen.

Die Union ist bisher vor allem als Globalisierungsbefürworter aufgetreten. Das ist im Prinzip gut, denn Nationalismus und Protektionismus schaden am Ende allen. Handel zu erschweren schadet erst den Schwächeren, also den Entwicklungsländern, am Ende aber auch Industriestaaten, zumal wenn sie so exportabhängig sind wie Deutschland.

Weitermachen wie bisher kann die bürgerlich-konservative Elite dennoch nicht. Sie muss offener als bisher über das Unbehagen am Kapitalismus, die Skepsis gegenüber freien Märkten diskutieren. Sie muss akzeptieren, dass eine Globalisierung, von der zuerst die wirtschaftlichen Eliten und dann die einfachen Arbeiter betroffen waren, vor den Mittelschichten nicht haltmacht. Die Ruck-Rhetorik des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog und die Agenda 2010 von Gerhard Schröder – so notwendig sie war – haben eine fatale Botschaft verbreitet: Globalisierung heißt Einschränkung. Dabei war Deutschland immer Nettoprofitier in den Globalisierungsschüben, ob zwischen 1860 und 1910 oder seit 1970.

## Konfuse Konstruktionen – die soziale Frage braucht neuen Input

CDU und CSU, aber auch die FDP dürfen die soziale Frage nicht verleugnen. Ein umfassendes Konzept, wie mit dem bürgerlichen Unbehagen am Kapitalismus umgegangen wird, gibt es bisher nicht. Ein Jürgen Rüttgers setzt eher auf die diffusen Ängste, wenn er eine Mindestrente ins Spiel bringt. Zwar wird auch in Zukunft nur ein Teil der Rentner von Altersarmut betroffen sein, aber die Angst, im Alter um die Früchte ihres Schaffens betrogen zu werden haben auch Leute, deren Rentenansprüche, Erspartes und Immobilien für das Alter gut ausreichen. Die andere Spielart ist die der FDP, die mit dem geschickt gewählten Begriff der »vergessenen Mitte« suggeriert, oberhalb des Durchschnittsverdieners werde jeder vom »Staat« und den Ansprüchen der ganz unten und ganz oben ungebührlich belastet.

Beide Ansätze können leicht in Klientelpolitik enden, weil andere bezahlen müssen, bei Rüttgers etwa letztlich die Beitragszahler.

Ein Ansatz, wie ihn Kanzlerin Angela Merkel und ihr Globalisierungsvordenker Norbert Röttgen, der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, betreiben, verspricht da mehr Erfolg. Zum einen geht es um den Export des sozialen an der sozialen Marktwirtschaft in die EU und über die G8-Staaten auch weltweit. Je mehr soziale, ökologische, rechtliche Standards weltweit angewandt werden, desto weniger »unfaire« Konkurrenz gibt es in der Globalisierung.

Ausgerechnet konservative oder Koalitionsregierungen wie die von Nicolas Sarkozy und Merkel müssen vermutlich dafür sorgen, dass die EU-Kommission als Hüter des freien Wettbewerbs Ausnahmen vom Wettbewerb auf Dauer akzeptiert.

## Weg von den alten Themen

Andererseits geht es darum, zu zeigen, dass Gesellschaft mehr als Marktwirt-

*»Ob eine Soziale Marktwirtschaft sozial bleibt, entscheidet sich nicht am Schicksal der Rentner sondern an dem der Kinder.«*


schaft ist. In Deutschland etwa sollte die Kultur von Marktprozessen teilweise ausgenommen bleiben, auch wenn der Nutzen von Subventionen immer wieder überprüft werden muss. Forderungen nach weiteren Privatisierungen sollten aus der Programmatik der Union verschwinden oder jedenfalls besser begründet werden. Die CDU/CSU ist auf die SPD-Vorschläge zu Bahnreform auch deshalb so schnell eingegangen, weil auch ihre Anhänger den öffentlichen Transport als öffentliches Gut sehen. Ob bei der Bahn oder vielen Stadtwerken, unternehmerisches Wirtschaften statt wie früher Verwaltungshandeln hat das Land gestärkt, der Verkauf öffentlicher Unternehmen an Finanzmarktinvestoren war dagegen nicht immer erfolgreich. Unternehmen, die im öffentlichen Besitz bleiben, sollten sich dann aber auch nicht wie global player benehmen und als Anfänger im Kasino als erste ihr Geld verlieren, wie das einigen Landesbanken passiert ist.

Spannend wird die Frage der Daseinsvorsorge, die öffentlich organisiert sein soll, im Bildungsbereich. Die »Bildungswirtschaft« in Form privater Schulen und Hochschulen wächst schnell, die öffentlichen Schulen und viele Universitäten werden als schlechter empfunden. Für die Akzeptanz des Staates ist es entscheidend, dass er in seine Kindergärten, Schulen und Universitäten investiert, auch in der Masse und nicht nur in Leuchtturmprojekte. Privatschulen sind Teil des Bildungssystems und ermöglichen auch alternative Ansätze. Aber die Trennlinie entlang der Bildungschancen ist in dieser Gesellschaft schon schwierig genug zu überwinden. Es wäre gefährlich, wenn sich die reichsten 10

oder 15 Prozent der Einwohner aus dem öffentlichen Bildungssystem verabschieden. Hier muss der Staat für die Bürger investieren und zusammen mit ihnen. Ob eine Soziale Marktwirtschaft sozial bleibt, entscheidet sich nicht am Schicksal der Rentner sondern an dem der Kinder.



*Peter Ehrlich, Jahrgang 1960, ist einer von zwei Teamleitern im Bereich Politik und Wirtschaft der Berliner Redaktion der »Financial Times Deutschland«.*

 *Uns interessiert Ihre Meinung! Diskutieren und kommentieren Sie diesen Artikel auf: [www.berlinpolis.de](http://www.berlinpolis.de)*